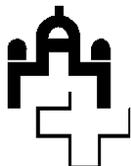


Ständerat

Conseil des Etats

Consiglio degli Stati

Cussegl dals stadis



14.4187 n Mo. Nationalrat (Glanzmann). Umgehende Ratifizierung des Übereinkommens des Europarates zur Verhütung des Terrorismus

Bericht der Sicherheitspolitischen Kommission vom 31. August 2015

Die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates hat an ihrer Sitzung vom 31. August 2015 die von Nationalrätin Ida Glanzmann-Hunkeler am 11. Dezember 2014 eingereichte und vom Nationalrat angenommene Motion vorberaten.

Mit der Motion soll der Bundesrat beauftragt werden, das Übereinkommen des Europarates zur Verhütung des Terrorismus, welches 2007 in Kraft trat und 2012 von der Schweiz unterzeichnet wurde, umgehend zu ratifizieren.

Antrag der Kommission

Die Kommission beantragt ohne Gegenstimme die Annahme der Motion.

Berichterstattung: Savary

Im Namen der Kommission
Der Präsident:

Alex Kuprecht

Inhalt des Berichtes

- 1 Text und Begründung
- 2 Stellungnahme des Bundesrates vom 18. Februar 2015
- 3 Verhandlungen und Beschluss des Erstrates
- 4 Erwägungen der Kommission



1 Text und Begründung

1.1 Text

Der Bundesrat wird beauftragt, das Übereinkommen des Europarates zur Verhütung des Terrorismus, welches 2007 in Kraft trat und 2012 von der Schweiz unterzeichnet wurde, umgehend zu ratifizieren.

1.2 Begründung

Die Angst vor terroristischen Anschlägen ist spätestens seit dem 11. September 2001 sehr präsent. Verschiedene Bestrebungen wurden seither unternommen, um Terrorismus auch auf internationaler Ebene zu bekämpfen beziehungsweise präventiv zu verhindern. So hat der Europarat bereits 2005 ein Übereinkommen verabschiedet, das die Terrorismusprävention der Mitgliedstaaten stärken soll. Das sogenannte Übereinkommen des Europarates zur Verhütung des Terrorismus trat 2007 in Kraft. In den nächsten Monaten soll zudem ein Zusatzprotokoll zum Problem der Terrorismusreisenden ausgearbeitet werden. Die Schweiz unterzeichnete die Konvention bereits am 11. September 2012, hat sie aber seither nicht ratifiziert.

Die Schweiz hat zudem auch beim OSZE-Parlament Resolutionen für die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung und bei der Prävention des Terrorismus eingereicht, welche dort grossmehrheitlich angenommen wurden. Gleichzeitig hat die Schweiz auch zusätzlich schon erfolgreich Tagungen zu diesem Thema durchgeführt.

Gerade jetzt mit der Diskussion um mögliche Terroranschläge von Dschihad-Rückkehrern scheint es unumgänglich, dass der Bundesrat endlich die nötigen Schritte einleitet, damit die Konvention des Europarates baldmöglichst auch in der Schweiz in Kraft treten kann. So könnte die Schweiz griffiger gegen terroristische Propaganda sowie Rekrutierung und Ausbildung von Terroristen vorgehen. Auch würde, wie oben erwähnt, die internationale Zusammenarbeit im Bereich der Terrorismusprävention gestärkt. Und nicht zuletzt würden damit auch die Resolutionen der OSZE in der Schweiz zu einem Teil umgesetzt.

2 Stellungnahme des Bundesrates vom 18. Februar 2015

Der Bundesrat beantragt die Annahme der Motion.

3 Verhandlungen und Beschluss des Erstrates

Der Nationalrat hat die Motion am 20. März 2015 ohne Gegenstimme und ohne Diskussion angenommen.

4 Erwägungen der Kommission

Die Kommission befürwortet die Ratifizierung des Übereinkommens des Europarates ohne Gegenstimme und schliesst sich damit der Haltung des Bundes- und des Nationalrates an. Sie nimmt zudem zur Kenntnis, dass der Europarat im Frühjahr dieses Jahres ein Zusatzprotokoll ausgearbeitet hat, welches demnächst zur Unterzeichnung bereit sein sollte. Der Bundesrat beabsichtigt, die Unterzeichnung dieses Zusatzprotokolls raschestmöglich zu prüfen. In der ersten



Hälfte des Jahres 2016 soll die Vorlage zur Ratifizierung des Übereinkommens in die Vernehmlassung geschickt werden.